

IBS Interessenverband
Berliner Schulleitungen e.V.
Martin Wagner (Vorsitzender)
Helene-von-Mülinen-Weg 27
12205 Berlin

Stefanie Remlinger, MdB
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Bildung, Berufliche Bildung
und Haushaltspolitik

Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
T +49 (0)30 2325 2473
F +49 (0)30 2325 2409

stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de
www.stefanie-remlinger.de
www.gruene-fraktion-berlin.de

Wahlprüfsteine für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016

Berlin, 1. September 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen recht herzlich für die Zusendung der Wahlprüfstein für die Wahlen zur Abgeordnetenhauswahl 2016. Anbei finden Sie unsere Antworten:

1. Berliner Schulleitungen sehen sich seit Jahren stetig wachsenden Belastungen durch neue Arbeitsbereiche und die Übernahme von stetig wachsenden Aufgaben im administrativen Bereich ausgesetzt, während gleichzeitig oft mangelhafte Ressourcen bei Personal und Ausstattungen und zudem erschwerte Arbeitsbedingungen professionelles Schulleitungshandeln unnötig erschweren.
2. Die Berliner Grundschule hat nicht erst seit heute mit vielfältigen Problemen zu kämpfen. Die größten Schwierigkeiten sind die derzeit häufig fehlende Besetzung von Planstellen für die ständigen Vertreter, oft aber auch für Schulleitungspositionen. Die Ursachen sieht unser Verband vor allem in der unzureichenden Besoldung als auch in der nach wie vor unzureichenden Leitungszeit insbesondere für die ständigen Vertreter.

Erschwerend für eine qualifizierte Leitungstätigkeit erweist sich außerdem ein nicht vorhandenes mittleres Management.

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Probleme einer nachhaltigen Lösung zuführen?

Antwort zu Frage 1, 2 und 6:

Das Prinzip der eigenverantwortlichen Schule, aber auch die Vielfalt an zusätzlichen Aufgaben, belasten zunehmend die Schulleitungen und deren Sekretariate mit immer neuen Verwaltungsaufgaben. Wir wollen insbesondere die Sekretariate stärken und den Anteil an speziellen Verwaltungskräften systematisch ausbauen, um die Arbeitsbelastung der Schulleitungen zu senken und Verwaltungsaufgaben zügiger bewerkstelligen zu können. Darüber hinaus, gilt es zu prüfen, welche bürokratischen Prozesse vereinfacht werden können, um die Verwaltungsaufgaben an den Schulen handhabbarer zu gestalten.

Die Grundschulen verfügen neben dem Schulleiter oder der Schulleiterin sowie deren/dessen Stellvertreter/in über keine weiteren Funktionsstellen. Wir wollen insbesondere die Position der/des Stellvertreters/in stärken und attraktiver gestalten. Ein weiteres Problem an den Grundschulen besteht darin, dass es weder Fachleiterstellen noch Funktionsstellen wie z.B. zur Organisation der Schuleingangsphase gibt. Die Schulleitung ist oftmals überlastet bzw. in vielen Fällen ist diese Stelle jahrelang vakant. Wir wollen Entlastung schaffen, indem wir den Grundschulen mittels eines Stundenpools die Möglichkeit geben, die Vielfalt an unterschiedlichen Aufgaben besser zu bewerkstelligen. Hinzu kommt der Aufbau einer mittleren Organisationsebene durch Funktionsstellen. Dies wird aber nur dann umfassend möglich sein, wenn der Fachkräftemangel an den Grundschulen umfassend gelöst wird. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen und der zu geringen Ausbildungskapazitäten an den Berliner Hochschulen, stellt der Fachkräftemangel an den Grundschulen, die größte Herausforderung dar.

- 3.** Vor scheinbar unlösbaren Problemen steht die Berliner Grundschule aber auch wegen eklatanten Personalmangels. Zu Beginn des neuen Halbjahres konnten lediglich 120 Grundschulpädagogen eingestellt werden. Dieses Problem wird sich künftig noch verschärfen, da die Zahl der Studierenden in Berlin mit dem Ziel Grundschullehrer auch künftig absehbar unter dem Bedarf liegen wird.

Frage: Welche Pläne haben Sie, um diese Probleme kurz- und mittelfristig zu lösen?

Antwort zu Frage 3:

Einer unserer Schwerpunkte der letzten Jahre besteht in der Stärkung der Grundschulen. Ein wichtiger Baustein ist die Angleichung der Gehälter der Berliner Grundschullehrkräfte an die ihrer KollegInnen in den Oberschulen. Die Reform des Berliner Lehrerbildungsgesetzes, die eine grundsätzliche Gleichwertigkeit aller

Lehramtsstudiengänge verankert hat, bietet hier die dringend notwendige Grundlage. Studienumfang und Studienabschluss von Grundschullehrkräften sind identisch mit den Lehramtsstudiengängen der Oberschulen. Eine Angleichung der Bezahlung der Lehrkräfte ist insofern nur folgerichtig. Hierfür haben wir ein umfassendes Konzept entwickelt und dies bei den letzten Haushaltsberatungen beantragt. Für dieses wichtige Vorhaben, werden wir uns auch weiterhin in der kommenden Legislatur einsetzen. Die Grundschule ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden, dies wollen wir wettmachen.

Der Mangel an Nachwuchs bei den Grundschullehrkräften ist eklatant. Wir weisen seit Jahren auf dieses Problem hin, doch seitens der Senatorin ist leider nicht viel passiert. So wurde in den letzten Hochschulverträgen, obwohl die entsprechenden Prognosen vorlagen, die Alte Zahl an Ausbildungskapazitäten fortgeschrieben. Wir wollen mit den Hochschulen einen Mechanismus vereinbaren, der entsprechend des tatsächlichen Bedarfs die benötigten Ausbildungskapazitäten bereitstellt und diese flexibel anpasst. Hierzu soll auch ein Puffer bei den Ausbildungskapazitäten kommen, so dass Berlin auf ausreichend Kapazitäten zurückgreifen kann. Kurzfristig werden wir nur durch gezieltes Anwerben von Lehrkräften aus anderen Bundesländern und einer besseren Bezahlung, ausreichend Lehrkräfte für die Berliner Grundschulen gewinnen. Für die Vielzahl an QuereinsteigerInnen sowie Lehrkräften, die kein Grundschullehramt studierten, müssen den Grundschulen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, um diese neuen KollegInnen bei ihrer wichtigen und herausfordernden Aufgabe ausreichend zu unterstützen.

4. Laut Prognose der Schulsenatsverwaltung werden für das Schuljahr 2024/25 37.090 Schüler mehr erwartet als im Januar 2015. Für den Bezirk Lichtenberg beläuft sich die Prognose sogar auf einen Zuwachs von 47 % bis 2025.

Eine weitere Prognose geht von einem Einstellungsbedarf von 16.000 VZE bis zum Schuljahr 2023/24 aus.

Frage: Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Masterplan zur Bewältigung dieses Problems aussehen?

5. Die Schulsenatorin hat einen unbürokratischen Ausbau von modularen Ersatzbauten über einen Zeitraum von ca. vier Jahren angekündigt. Diese begrüßenswerte Initiative löst jedoch in keiner Weise die erheblichen Raumprobleme an zahlreichen Berliner Schulen. Nur allzu häufig sehen sich Schulleitungen genötigt, Regelklassen wie auch Willkommensklassen mit deutlich

überhöhten Frequenzen einzurichten.

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie hier in den nächsten Jahren Abhilfe schaffen?

Antwort für Frage 4 und 5.

Die demographische Entwicklung ist mehr als eine Herausforderung für die Zukunft. Sie macht sich schon jetzt massiv in den Schulen bemerkbar und verlangt radikale Reformen. So werden in den nächsten neun Jahren schätzungsweise rund 75.000 Kinder und Jugendliche zusätzlich einen Schulplatz in Berlin benötigen. Doch Mindestens neun Jahre dauert es derzeit bis ein neuer Schulbau fertiggestellt ist, dass ist inakzeptabel. Bei der Sanierung gelingt es den Bezirken nicht einmal einen Überblick über die fälligen Maßnahmen zu erstellen, um zu melden wie viele Mittel die dringend renovierungsbedürftigen Berliner Schulen denn benötigen.

Es ist ganz klar, dass Berlin ein neues Konzept für Sanierung und Neubau braucht. Wir wollen eine Verwaltungsreform, die es ermöglicht schnell gute Schulen zu bauen, nicht nur standardisierte Nullachtfünfzehn Fertigteilgebäude. Die Gebäude, in denen die Schüler lernen, werden einen wesentlichen Einfluss haben auf die Qualität der Bildung. Gibt es Räume für Freizeit, für individualisierten Unterricht in kleinen Gruppen, für Bewegung und für ein gesundes Mittagessen? Unser Konzept sieht vor, dass das Gebäudemanagement auf drei regionale Betriebe übertragen wird, in denen die Fachkräfte der unterschiedlichen Behörden gebündelt werden: den SuBIMs (Schul- und Bezirke Immobilien Management GmbHs).

Die Idee dahinter ist, zum einen das Ping-Pong-Spiel von Senat und Bezirken zu beenden. Indem alle Mittel für die Schulsanierung und den Schulneubau gebündelt werden. Somit gibt es keine bürokratischen Sonderprogramme des Senats mehr und die Mittel aus den bezirklichen Globalhaushalten müssen dann auch tatsächlich den Schulen zu Gute kommen. Somit können alle Mittel gebündelt in die Schulsanierung investiert werden. Die Bündelung von Maßnahmen bringt kostensparende Synergieeffekte und garantiert, dass das Geld nun auch tatsächlich bei den Schulen ankommt.

Im Auftrag der Bezirke kümmern sie sich um Instandhaltung, Sanierung und Neubau von Schulen. Die Bezirke als Eigentümer der Gebäude behalten ihre Verantwortlichkeit. Erfahrungen mit einem ähnlichen Modell in Hamburg haben gezeigt, dass sich die Planungs- und Bauzeit einer Schule drastisch reduzieren lässt. Verkürzung der Planungs- und Bauzeit von neun auf zwei Jahre spart Verwaltungskosten; SuBIMs arbeiten mit festen Preisen, so sind exorbitante

Kostensteigerungen ausgeschlossen. Somit können schnell die benötigten neuen schulen gebaut werden und zugleich der Sanierungsstau behoben werden. Dies wird auch bei der Schulreinigung einen positiven Nebeneffekt haben, denn die SuBIMs werden zukünftig für die Reinigung verantwortlich sein und können so als Spezialisten für das Facility Management bei Problemen reagieren.

6. Der Zustrom von Flüchtlingskindern, aber auch die Folgen des Problems „Wachsende Stadt“ führen zu einer erheblichen Ausweitung des schulischen Verwaltungsaufwandes. Der IBS hält eine deutliche Ausweitung bzw. Neubestimmung der Arbeitszeitregelung sowie deutlich höhere Präsenzzeiten der Schulsekretärinnen ebenso dringend geboten wie eine weitere Aufstockung der Stellen für Verwaltungsleiter. Laut Staatssekretär Rackles ist jedoch über die 48 VZE hinaus an keine weitere Aufstockung gedacht.

Unser Verband erwartet, dass spätestens nach der Wahl die politischen Weichenstellungen für eine insgesamt höhere Präsenz des gesamten technischen Verwaltungspersonals einschließlich der Schulhausmeister erfolgen wird.

Frage: Für dieses Problemfeld besteht ein nicht aufschiebbarer Handlungsbedarf. Welche Vorstellungen zur Lösung dieses Problembereichs haben Sie?

Siehe Antwort zu Frage 1.

Für Nachfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Karoline Killat